



öffentlich

**Betreff:**

Regelmäßige Information über den Arbeitsstand Entwicklungsbereich Krampnitz

**Einreicher:** Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 29.11.2013

Eingang 922:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

29.01.2014 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte Fahrland und Neu Fahrland sind vierteljährlich umfassend über den Arbeitsstand im Entwicklungsbereich „Kramnitz“ zu informieren.

gez. M. Schubert, H. Heinzel

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig  mit Stimmenmehrheit  Ja  Nein  Enthaltung

überwiesen in den Ausschuss:

erledigt  abgelehnt

Wiedervorlage:

zurückgestellt  zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nachdem die Satzung über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereiches „Kramnitz“ nach § 165 Abs. 6 BauGB der Landeshauptstadt Potsdam mit der Veröffentlichung im Amtsblatt am 30.10.2013 rechtswirksam geworden ist, steht der zügigen Bearbeitung durch die Stadtverwaltung und die mit Beschluss 13/SVV/0266 bei der Pro Potsdam GmbH als Träger der Entwicklungsmaßnahme gegründeten Tochtergesellschaft nichts mehr im Wege. Mit dem Beschluss 13/SVV/0253 wurde die Verwaltung damit beauftragt regelmäßig zu drei ausgewählten Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklungsmaßnahme zu berichten. In der ersten Berichterstattung wurde ausdrücklich auf die Probleme verwiesen die sich aus der komplexen Aufgabenstellung ergeben, auf die drei speziellen Probleme einzugehen. Deshalb soll der Umfang der Berichterstattung auf das gesamte Arbeitsfeld erweitert werden.